

ABB-Wahlprüfsteine – Fragen zur Bürgerschaftswahl

Wie wir uns ernähren, welche Lebensmittel wir kaufen oder nicht kaufen, also unser Ernährungsverhalten, hat weitreichende Folgen für die Umwelt, unsere Gesundheit und insbesondere auf die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird. Kein Sektor ist so stark mit der Gestaltung von Lebensräumen verwoben wie die Landwirtschaft. Ändert sie sich, ändern sich auch die ökologischen und sozialen Systeme, die darin beheimatet sind. Von den zur Bürgerschaftswahl angetretenen Parteien möchten wir vom ABB anhand von Wahlprüfsteinen wissen, was sie in der neuen Legislaturperiode für eine gesunde Ernährung und eine enkeltaugliche Landwirtschaft unternehmen wollen. Ihre Antworten werden wir auf unserer Website (www.buendnisbremen.de) und in der Presse veröffentlichen.

Unsere Fragen:

1. Ökolandbau

Bremen ist „BioStadt“ und nach Berlin mit 21,1 Prozent das Bundesland mit dem höchsten Anteil an ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass noch mehr Landwirte ihren Betrieb auf den klimafreundlichen biologischen Landbau umstellen. Unser Ziel lautet: Bis 2030 sollen 50 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bremen ökologisch bewirtschaftet werden.

Frage:

Wie stehen Sie zu unserer Forderung? Was werden Sie zukünftig zur Förderung des ökologischen Landbaus in Bremen unternehmen?

Antwort:

Die CDU unterstützt die biologische Landwirtschaft genauso wie die konventionelle. Eine besondere Förderung für die eine oder die andere Herangehensweise streben wir nicht an. Wichtig ist uns als CDU, dass familiär geführte Betriebe erhalten bleiben. Damit dies gelingt und Landwirtschaft in Bremen eine Zukunft hat, muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Um dies zu erreichen setzen wir auf Planungssicherheit und eine neue Förderpolitik für die Landwirte.

2. Aktionsplan 2025 – Ausdehnung auf Mensen in Hochschulen/Uni

Der 2018 vom Bremer Senat auf Initiative des ABB beschlossene „Aktionsplan 2025 - Gesunde

Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ findet bundesweit Beachtung und fördert bereits jetzt die Bereitschaft weiterer Bremer Landwirte, ihren Betrieb auf Bio umzustellen. Er sieht vor, dass in öffentlichen Kitas, Schulen und Krankenhäusern nur noch Bio-Milch verwendet werden darf und bis 2022 die gesamte Verpflegung in Kitas und Schulen aus dem ökologischen Landbau kommen muss, in Krankenhäusern 25 Prozent bis 2024.

Frage:

Werden Sie unsere Forderung unterstützen, dass zukünftig der Aktionsplan auch auf die Kantinen in öffentlichen Einrichtungen und auf Mensen in Hochschulen und Universität

Anwendung findet und auch dort bis 2022 mehr Bio-Milchprodukte und Bio-Lebensmittel zum Einsatz kommen?

Antwort:

Für die CDU ist wesentlich, dass die Produkte regional produziert werden. Ob bio oder konventionell, spielt für uns dabei eine untergeordnete Rolle. Denn unserer Ansicht nach, ist die Bio-Kartoffel aus Südamerika nicht besser als eine konventionelle Kartoffel aus der Region. Wir haben in Deutschland die höchsten Anforderungen an den Tierschutz – auch hier gilt für uns daher: Bio-Fleisch mit weiten Transportwegen ist konventionell erzeugten regionalen Fleischprodukten nicht vorzuziehen.

3. Weidehaltung

Einige konventionell wirtschaftenden Landwirte lassen ihre Rinder nicht mehr auf die Weide und Biobetriebe müssen ihren Tieren lediglich einen Laufhof zur Verfügung stellen. Weidehaltung ist aus Gründen des Tierwohls, der Artenvielfalt von Fauna und Flora auf den Grünlandflächen und des Klimaschutzes sehr wünschenswert.

Frage:

Sind Sie auch dafür, dass Bremer Landwirten, die ihre Rinder mindestens 120 Tage auf die Weide lassen, eine Weideprämie für die entstehenden betrieblichen Mehraufwendungen gezahlt wird?

Antwort:

Die Weidehaltung von Rindern gilt es zu bewahren und zu fördern. Die Weidehaltung trägt zum Tierwohl und zur Tiergesundheit bei und fördert die Erhaltung und Pflege des Grünlandgürtels. Bereits 2014 hat die CDU-Fraktion den Senat aufgefordert, ein Konzept zur Förderung der Weidetierhaltung vorzulegen – passiert ist bisher nicht viel. Die CDU wird in Regierungsverantwortung eine Weideprämie einführen.

4. Pestizideinsatz in der Landwirtschaft

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft in Bremen, die ohne Pestizide auskommt. Als Zwischenziel werben wir dafür, bis 2030 den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft Bremen zu halbieren. Wir werden dafür eintreten, dass Ackergifte wie das vermutlich krebserregende Glyphosat und die bienen- und insektentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich europaweit verboten werden.

Frage:

Was halten Sie von unseren Forderungen für eine pestizidfreie Landwirtschaft und einem Verbot von Ackergiften?

Antwort:

Pflanzenschutzmittel werden zum Schutz von Pflanzen oder -erzeugnissen vor Schadorganismen angewandt. Sie sind für die Produktion von hochwertigen pflanzlichen Lebensmitteln nahezu unverzichtbar. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher, Landwirte und Gärtner wünschen sich, man bräuchte gar keine Pflanzenschutzmittel. Wir brauchen aber Pflanzen und pflanzliche Produkte in einer bestimmten Menge und Qualität für die Ernährung. Um die Menge an Pflanzenschutzmitteln einzuschränken, ist die

Bundesregierung auf Bundes- und EU-Ebene sehr aktiv. Es wurden bereits die gefährlichsten Neonicotinoide verboten.

5. Gentechnikfreie Landwirtschaft

Bereits seit 2011 ist Bremen sogenannte „gentechnikfreie Region“, das bedeutet in Bremen werden weder gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut noch gentechnisch veränderte Tiere gezüchtet. Wir möchten Bremer Landwirt*innen darüber hinaus ermutigen, dass ihre Nutztiere nur noch gentechnikfreie Futtermittel erhalten. Damit wäre Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region.

Frage:

Unterstützen Sie unser Ziel, dass alle Bremer Landwirte freiwillig auf den Einsatz gentechnikfreier Futtermittel verzichten sollten, damit Bremen wirklich eine gentechnikfreie Region wird?

Antwort:

Auf freiwilliger Basis können die Landwirte gerne auf den Einsatz von gentechnischem Futtermittel verzichten. In der Praxis werden die Landwirte jedoch Schwierigkeiten haben, dies umzusetzen.

6. Tierwohl und Kennzeichnung von Lebensmitteln

Tiere sind Lebewesen und kein agrarindustrieller Rohstoff. Die auf Höchstleistung und Maximalertrag getrimmte Tierhaltung verursacht Tierleid, Qualzucht und regelmäßig Lebensmittelskandale. Eine Kehrtwende bei der Tierhaltung und Tierzucht ist überfällig. Für uns sind Lebewesen keine Wegwerfprodukte.

Frage:

Unterstützen Sie auch unsere Forderung nach mehr Platz und besseren Haltebedingungen für unsere Nutztiere, einem Verbot von Reserveantibiotika und einer verbindlichen gesetzlichen Kennzeichnung – ähnlich der von Eiern – von tierisch erzeugten Lebensmitteln?

Antwort:

Das Tierwohl zu verbessern, ist eine wichtige Aufgabe. Landwirte sind zu verschiedenen Maßnahmen gerne bereit, wenn ihnen die dadurch entstehenden Mehrkosten vergütet werden. Es kann jedoch nicht sein, dass die Anforderungen an die Landwirtschaft steigen, die Einnahmen aus den landwirtschaftlichen Erzeugnissen jedoch sinken. Landwirtschaft muss sich lohnen, sonst geben immer mehr familiäre Betriebe auf. Die Folge ist, dass landwirtschaftliche Produkte aus Ländern mit geringeren Anforderungen nach Deutschland importiert werden. Gleichzeitig steigen verstärkt große Konzerne in die Landwirtschaft ein, wodurch das Tierwohl, die Nachhaltigkeit, der Klimaschutz und die Arbeitsbedingungen leiden. Landwirte dürfen nicht als Sündenböcke herhalten, weil der Handel den Preisdruck erhöht und die Landwirte zu permanenter Effizienzsteigerung zwingt. Vor diesem Hintergrund begrüßt es die CDU Bremen, wenn der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft reduziert wird, insbesondere mit Blick auf die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung.

Die Bundesregierung führt derzeit ein staatliches Tierwohlkennzeichen ein – dies unterstützen wir.

7. Essbare Stadt

Ein Projekt „Essbare Stadt“ gibt es bereits in vielen Städten, auch in Bremen gibt es Initiativen dazu. Ziel ist u. a. die Nutzung des urbanen Raums zum Anbau von Lebensmitteln und die Förderung einer vielfältigen lokalen Lebensmittelproduktion.

Frage:

Wie finden Sie das Projekt einer „Essbaren Stadt“ und dass auf ausgewählten öffentlichen Flächen Obst und Gemüse angebaut werden darf, die alle Bremer*nnen ernten dürfen?

Antwort:

Die CDU begrüßt diese Idee ausdrücklich. Insbesondere bei neuen Bauprojekten sollten solche Flächen eingeplant werden. Menschen, die selber für ihre Lebensmittel gearbeitet haben, bekommen einen Eindruck davon, wie viel Aufwand in einem Produkt steckt. Solche Projekte führen zu einem Bewusstseinswandel weg von der „geiz-ist-geil“-Mentalität und die Menschen beginnen den Wert von Lebensmitteln anzuerkennen.

8. Ernährungsbildung

Gutes Essen beginnt mit der Wertschätzung von Lebensmitteln. Dafür braucht es mehr Wissen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern darüber, wie Lebensmittel hergestellt werden, was darin enthalten ist und wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Wir wollen dem Thema deshalb in den Kitas und Schulen mehr Raum geben und den Kindern und Jugendlichen Kenntnisse und unmittelbare Erfahrungen vermitteln – theoretisch wie praktisch. Wir fordern, dass in Bremen die Umweltbildung im Sinne des Berichts „Zukunft Bremen 2035 (Handlungsfeld 13, Teilziel 4) u.a. durch ein neu einzurichtendes Unterrichtsfach „Ernährungsbildung“ umgesetzt wird und dass jedes Bremer Grundschulkind einmal im Rahmen des Unterrichts auf einem Bauernhof gewesen sein sollte.

Frage:

Sind Sie auch für die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs „Ernährungsbildung“ und dass jedes Bremer Grundschulkind einmal im Rahmen des Unterrichts auf einem Bauernhof gewesen sein sollte?

Antwort:

Die Vermittlung von Wissen über gute Ernährung muss im Kindesalter in der Kita und in den Schulen beginnen. Es ist daher eine langjährige Forderung der CDU, dass das Thema Ernährung ein fester Bestandteil der Lehrpläne in den Bildungseinrichtungen wird. Dazu gehört die Vermittlung von Wissen über ausgewogene Ernährung und die Zubereitung von Nahrungsmitteln. Wochenmärkten, Bauernhöfe und lebensmittelverarbeitenden Betriebe müssen stärker als außerschulische Lernorte genutzt werden, Kochunterricht muss selbstverständlicher Teil des Bildungsangebots von Kindergärten und Schulen werden. Schon früh müssen Kinder den Wert und die Vielfalt von Lebensmitteln kennen und schätzen lernen.

9. Haus der Ernährung

Wie wir uns ernähren, woher unsere Lebensmittel kommen und wie sie produziert werden hat enorme Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, auf Böden, Wasser, Klima und auf die Gesundheit der Menschen. Die Ernährung erhält im gesellschaftlichen Diskurs trotzdem immer noch nicht die Bedeutung, die notwendig wäre. Wir fordern daher, dass Bremen ein öffentlich gefördertes, aber unabhängiges „Haus der Ernährung“ nach dem Vorbild vom Kopenhagener „House of Foods“ erhält - gegründet zum Zweck der Verbesserung der Speisen in öffentlichen Einrichtungen.

Frage:

Sind Sie auch dafür, dass Bremen ein öffentlich gefördertes „Haus der Ernährung“ nach dem Kopenhagener Vorbild „House of Foods“ erhält?

Antwort:

Die Idee eines solchen zentralen Ortes zum Thema Ernährung finden wir interessant. Jeder Ansatz, der den Menschen ökologisches Bewusstsein vermittelt und zu einer besseren Ernährung anregt, halten wir für richtig. Möglicherweise kommt die Anbindung an eine bestehende Kultur- oder Bildungseinrichtung in Betracht.